

Forum Arbeit



ZUR SACHE 50plus - die können es **MAGAZIN** Nachrichten aus dem Verband **TITEL** Ältere Menschen im Niemandsland von Hartz IV und der Grundsicherung für Ältere **BAG ARBEIT TRIFFT** Prof. Dr. Thomas Rigotti **VOR ORT** Outlaw Der **BLICK ÜBER DEN TELLERRAND** DZR Wien **VERANSTALTUNGSTIPPS** Alle Seminare auf einen Blick **NACHGEFRAGT** bei Barbara Heikau



Zur Sache

50plus - die können es 2
Reiner Engel

Magazin

Sonderregelung lässt 171.000 Ältere
aus der Arbeitslosenstatistik
verschwinden 3
Lena Becher

Grundsicherung im Alter wird von
60 Prozent der Berechtigten nicht in
Anspruch genommen 4
Hermann Buslei, Dr. Johannes Geyer,
Prof. Dr. Peter Haan

Kommentare aus dem Bundestag 6

Buch- und Filmtipp 9

Perspektive 50plus

Ältere Menschen im Niemandsland
von Hartz IV und der Grundsicherung
für Ältere 10
Prof. Dr. Stefan Sell

bag arbeit trifft 16
Prof. Dr. Thomas Rigotti

Vor Ort

Outlaw 19

Blick über den Tellerrand

DRZ Wien 23

Veranstaltungstipps 26

Nachgefragt 28
Barbara Heikaus

50plus - die können es.



Unser Autor Reiner Engel

ist 50plus, Vorstand der bag arbeit und Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung der Arbeitsaufnahme mbH & Co. KG., einem Unternehmen der TERTIA-Gruppe.

Wer von uns, außer den Jüngeren vielleicht, kann sich nicht noch an das Programm des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“ erinnern? Das Bundesprogramm hatte es sich zur Aufgabe gemacht, in den Jahren 2005 bis 2015 die beruflichen Chancen älterer Menschen zu verbessern und sie wieder auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Ausgangspunkt für die Entwicklung war die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre.

Und heute? Bestimmt auch heute noch das Thema Arbeitsmarktintegration Älterer die Schlagzeilen? Bei genauerer Betrachtung stellen wir fest, dass Themen wie Fachkräftesicherung, Digitalisierung und Arbeiten 4.0 den Blick auf die Älteren verdrängt haben. Laut aktuellen Medienberichten zur Arbeitsmarktsituation Älterer scheinen für diese nahezu „paradiesische Zeiten“ angebrochen zu sein. „Ältere ab 55 Jahren nehmen immer häufiger am Erwerbsleben teil: Die Erwerbstätigenquote der 55- bis unter 65-Jährigen ist in den letzten zehn Jahren stärker gestiegen als die der 15- bis unter 65-Jährigen. Im europäischen Vergleich ist sie überdurchschnittlich hoch. Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen in Deutschland auch nach Erreichen der Regelaltersgrenze erwerbstätig sind“, bilanziert die Bundesagentur für Arbeit in ihrem Bericht Blickpunkt Arbeitsmarkt von September 2019. Und weiter: „Die Arbeitslosenquote Älterer ist seit 2011 rückläufig.“

Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Denn gerade bei Älteren gibt es Sonderregelungen, die dazu führen, dass in den offiziellen Statistiken nicht das gesamte Ausmaß der Beschäftigungslosigkeit erkennbar ist. Verantwortlich für diese verdeckte Arbeitslosigkeit sind vorruhestand-sähnliche Regelungen, nach denen Ältere ab dem 58. Lebensjahr nicht als arbeitslos gezählt werden und Leistungen beziehen können, ohne wie sonst erforderlich der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen zu müssen. Der prozentuale Anteil der verdeckten Arbeitslosigkeit steigt mit zunehmenden Alter und ist in der Altersgruppe der 60 bis 64-Jährigen am höchsten: Fast jede*r zweite Beschäftigungslose in diesem Alter gilt statistisch nicht als arbeitslos.

Es ist daher nach wie vor Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Dafür sind zum einen Investitionen in eine zielgerichtete Qualifizierung und Arbeitsvermittlung Älterer notwendig. Zum anderen ist es umso wichtiger, Arbeitslosigkeit bei Älteren erst gar nicht entstehen zu lassen. Einen solchen präventiven Ansatz unterstützt insbesondere das seit dem 01.01.2019 geltende Qualifizierungschancengesetz. Tragen wir gemeinsam dazu bei, dass 50plus es auch morgen noch können – und auch tun!

Sonderregelung lässt 171.000 Ältere aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden

Lena Becher

2019 gab es in Deutschland laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit knapp 329.000 über 58-jährige Arbeitslose. Doch eigentlich müsste die Zahl der arbeitslosen Menschen rund 1,5-mal höher liegen. Über 171.000 über 58-Jährige galten alleine aufgrund einer Sonderregelung im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II bzw. „Hartz-IV-System“) nicht als arbeitslos, sondern lediglich als arbeitsuchend. So wird das Ausmaß der Arbeitslosigkeit von Älteren systematisch verdeckt.

Laut der Sonderregelung, die in §53a SGB II festgelegt wird, gelten über 58-jährige Leistungsbeziehende von Hartz IV nicht als arbeitslos, wenn sie seit mindestens einem Jahr arbeitslos gemeldet waren und ihnen während dieser Zeit kein Angebot auf dem ersten Arbeitsmarkt unterbreitet wurde. Seit ihrer Einführung sind immer

Unsere Autorin Lena Becher

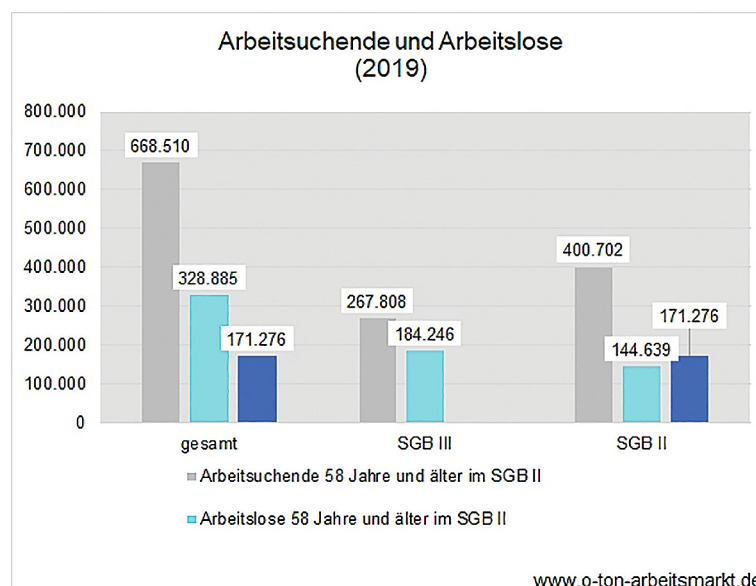
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM) der Hochschule Koblenz.

Die Politikwissenschaftlerin beschäftigt sich hauptsächlich mit Fragen der Arbeitsmarktpolitik und -statistik.

becher@hs-koblenz.de



mehr Ältere von der Sonderregelung betroffen. Die Zahl der Personen mit der Sonderregelung nach §53a SGB II seit 2017 übersteigt seit 2017 sogar die Zahl der offiziell Arbeitslosen im Hartz-IV-System – diese lag 2019 bei „nur“ 145.000.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung

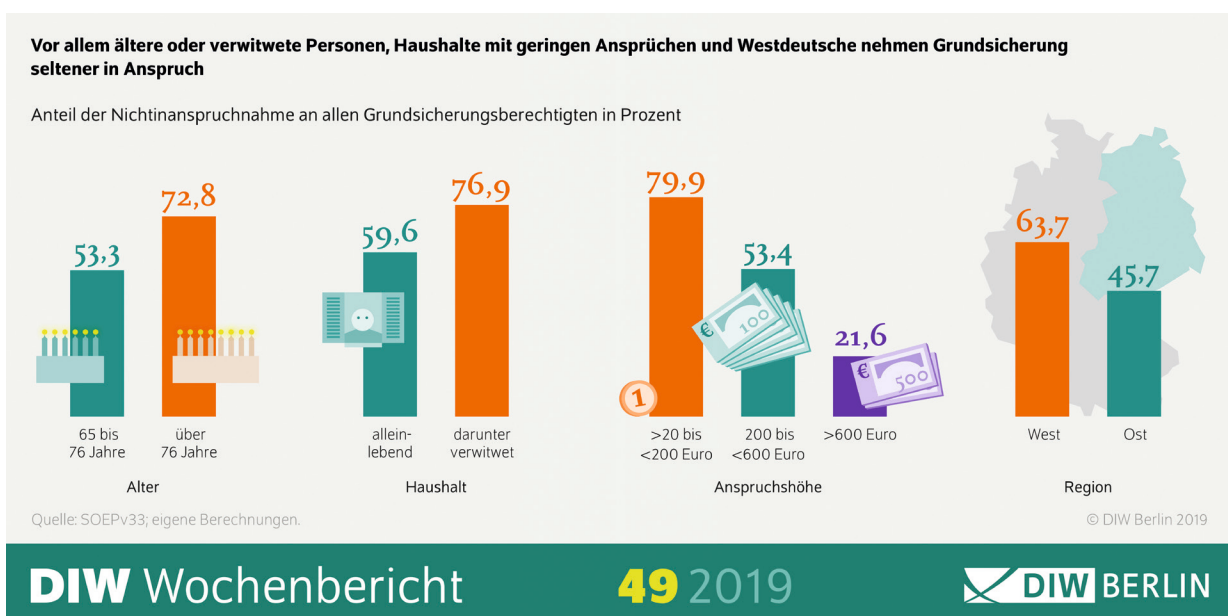
Grundsicherung im Alter wird von 60 Prozent der Berechtigten nicht in Anspruch genommen – Verdeckte Altersarmut hoch

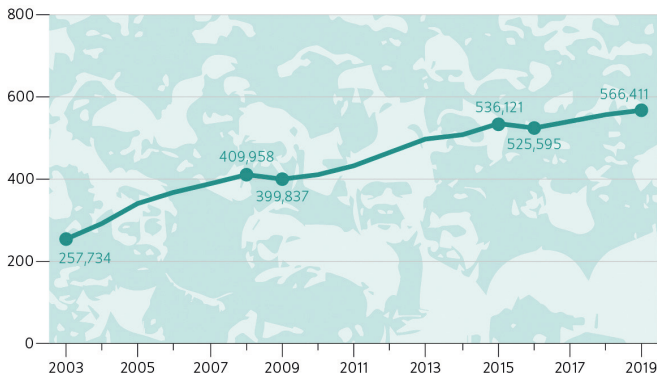
Hermann Buslei, Dr. Johannes Geyer und Prof. Dr. Peter Haan

Mehr als eine halbe Million ältere Menschen in Deutschland beziehen derzeit Leistungen der Grundsicherung im Alter, weil ihr Einkommen aus gesetzlicher Rente und anderen Quellen unter der gesetzlich definierten Bedarfsschwelle liegt. Seit der Einführung der Grundsicherung im Jahr 2003 hat sich die Zahl der Bezieherinnen und Bezieher von 270.000 auf 570.000 mehr als verdoppelt. Dieser Befund ist bereits besorgniserregend – insbesondere, wenn sich dieser Trend fortsetzen sollte. Das Problem könnte sich dadurch verschärfen, dass Menschen, die einen Anspruch auf Grundsicherung haben, diese nicht beantragen. Eines der Ziele bei der Einführung der Grundsicherung im Alter war es, die vermutete hohe Nichtinanspruchnahme der Leistung zu reduzieren.

Neueste Untersuchungen auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen, dass derzeit rund 60 Prozent der Berechtigten ihren Anspruch auf Grundsicherung nicht wahr-

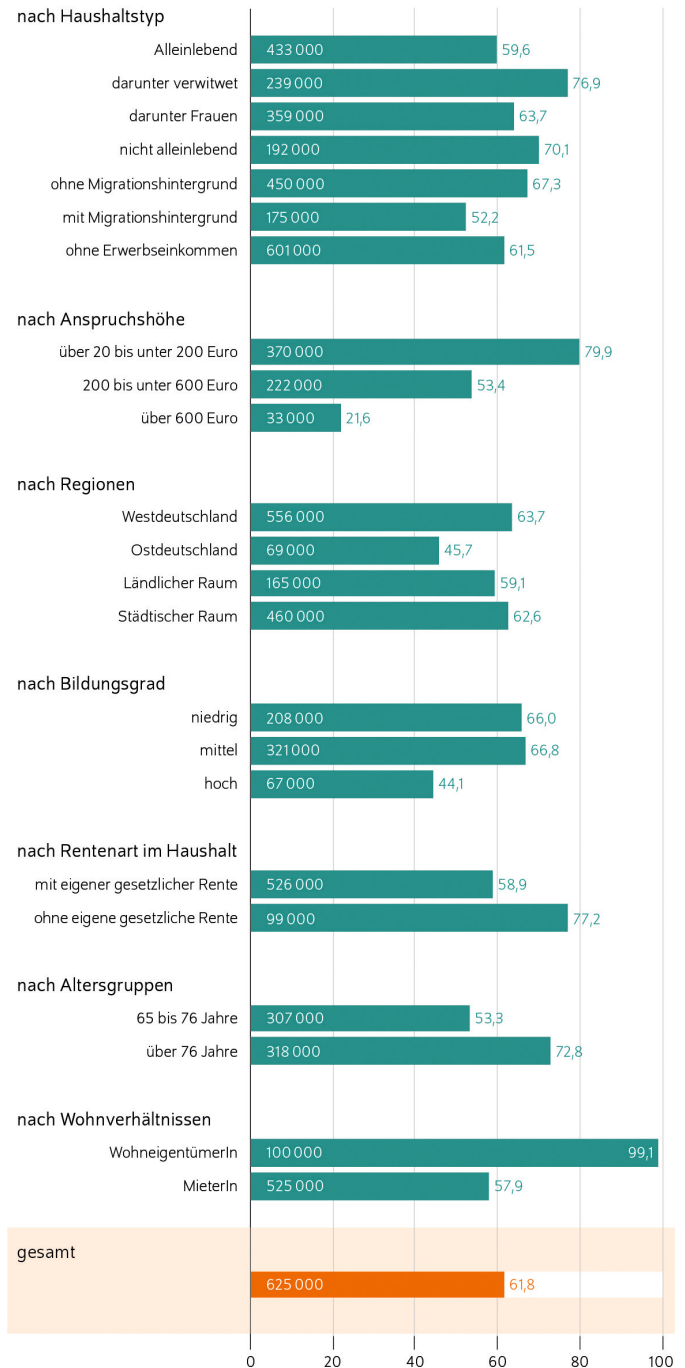
nehmen. Das sind hochgerechnet rund 625.000 Haushalte in Deutschland und deutet auf eine hohe verdeckte Altersarmut. Die Untersuchungen zeigen, dass 80 Prozent der Menschen mit geringen Ansprüchen zwischen 20 und 200 Euro die Grundsicherung im Alter nicht beziehen, also möglicherweise den Aufwand einer Beantragung scheuen. Doch auch viele, die weitaus höhere Ansprüche haben, nehmen diese nicht wahr. Die Gründe können vielfältig sein: Da ist zum einen Angst vor einer Stigmatisierung. Niemand möchte als bedürftig gelten und auf „Almosen“ angewiesen sein. Eine Rolle spielen könnten auch Schwierigkeiten bei der Beantragung, die Angst, dass das Einkommen ihrer Kinder herangezogen werden könnte – was im Regelfall eine unbegründete Sorge ist –, oder schlicht Unwissenheit, dass sie eine derartige Leistung wahrnehmen könnten.





Darauf deutet beispielsweise der Befund, dass Leistungsberechtigte, die 77 Jahre oder älter sind, häufiger als jüngere Seniorinnen und Senioren zwischen 65 und 76 Jahren, die Grundsicherung nicht beziehen.

Als Fazit aus unserer Untersuchung kann gezogen werden, dass das Ziel, die hohe Nichtinanspruchnahme zu reduzieren, nicht erreicht wurde. Darauf sollte die Politik reagieren: Die Senioren müssen besser informiert werden. Auch darüber, dass kein Einkommensrückgriff auf die Kinder stattfindet, es sei denn, sie haben ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von mehr als 100.000 Euro. Zudem könnten die Beantragungsverfahren vereinfacht und Grundsicherungsleistungen über längere Zeiträume als zwölf Monate bewilligt werden, so dass die Beantragung nicht jährlich stattfinden muss. Außerdem könnte etwa auf eine Vermögensprüfung verzichtet werden, da die Kapitalerträge ja schon in der Einkommensprüfung ins Gewicht fallen. Besonders wichtig wäre es auch, deutlich zu machen, dass die Grundsicherungsleistung ein Recht ist und nicht mit Almosen verwechselt werden darf.



Unser Autor Hermann Buslei ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).



Unser Autor Prof. Dr. Peter Haan ist Leiter der Abteilung Staat am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).



Unser Autor Dr. Johannes Geyer ist stellvertretender Leiter der Abteilung Staat am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Kommentare aus dem Bundestag

Die 50plus Projekte sind ausgelaufen und gerade konzentriert sich die Arbeitsmarktpolitik auf die Umsetzung des Teilhabechancengesetz. Braucht es (wieder) spezielle Maßnahmen für ältere Arbeitslose? Die bag arbeit hat im Bundestag nachgefragt.

Eine reformierte Arbeitsmarktpolitik nutzt allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Ältere Menschen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. Die Zahl der erwerbssuchenden Menschen im Alter von 55-65 Jahren liegt bei 5,7 Prozent und ist somit 0,5 Prozent höher als die allgemeine Erwerbslosenquote. Ältere Erwerbssuchende sind zudem häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als jüngere Menschen: 46 Prozent der arbeitslosen Menschen über 55 sind Langzeitarbeitslos, gegenüber 35 Prozent der jüngeren. Positiv hervorzuheben ist allerdings, dass sie seltener eine fehlende formale Qualifikation aufweisen, dafür über Lebenserfahrung verfügen und damit über zahlreiche Kompetenzen, die mitunter auch durch die alltägliche Bewältigung der Lebenssituation „Langzeitarbeitslosigkeit“ erworben wurden.

Daher ist nicht hinzunehmen, wenn wir diese Menschen aufgeben. In Zeiten des demografischen Wandels und Fachkräftemangels benötigen wir diese Menschen dringend. Arbeit ist zudem nicht nur aus materiellen Gründen wichtig, sie ist sinnstiftend und integriert Menschen in die Gesellschaft. Daher muss es unser Anspruch sein, dass Menschen auch im Alter arbeiten können.

Damit wir dieses Ziel erreichen, müssen die Maßnahmen der Arbeitsförderung für alle verbessert werden, für Jung wie für Alt.

Für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt fordert die FDP die flächendeckende Einführung des sogenannten Passiv-Aktiv-Tauschs. Eine Förderung durch Lohnkostenzuschüsse, die nahe am Arbeitsmarkt erfolgt, ist die beste Vorbereitung für den erneuten Berufseinstieg. Außerdem müssen die Zuverdienstgrenzen gerechter ausgestaltet werden. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Berechnungen des ifo-Instituts zufolge könnten durch diese Maßnahme 300.000 Menschen in Arbeit kommen. Darüber hinaus brauchen die Jobcenter mehr Zeit für Gespräche von Mensch zu Mensch. Dafür ist



Pascal Kober ist Mitglied des Deutschen Bundestages und sozialpolitischer Sprecher der FDP Bundestagsfraktion.

eine Entbürokratisierung zwingend notwendig. Da insbesondere ältere Menschen neben formalen Qualifikationen aufgrund ihrer Lebenserfahrung über viele am Arbeitsmarkt relevante Fähigkeiten verfügen, benötigen wir ein System zur besseren Erfassung dieser sogenannten „Softskills“. Auch die Arbeitgeberservices und Betriebsakquisiteure müssen gestärkt werden, damit eine Zusammenführung älterer Erwerbssuchender und potentieller Arbeitgeber verstärkt erfolgen kann. Damit die Jobcenter für ältere langzeitarbeitslose Menschen überhaupt tätig werden, fordern wir die ersatzlose Streichung des §53a Absatz 2 SGB II.

Ferner muss die Wertschätzung gegenüber der Lebensleistung von Menschen steigen. Damit können wir bei der Gesetzgebung anfangen, indem wir bei Arbeitslosigkeit die selbst genutzte Immobilie nicht zum Vermögen anrechnen und das Schonvermögen ausweiten. Durch eine erzwungene Veräußerung missachten wir die Lebensleistung von Menschen, demotivieren sie und leisten dadurch möglicherweise Depressionen Vorschub. Zudem erhöhen wir ganz unnötig das Risiko von Altersarmut – das ist fatal. Insbesondere hinsichtlich einer sich immer schneller verändernden Arbeitswelt müssen wir präventive Ansätze zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit stärken.

Menschen müssen dauerhaft die Möglichkeit haben, sich fort- und weiterzubilden - das darf nicht am fehlenden Geld scheitern. Für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen fordern wir ein sogenanntes Midlife-Bafög, einen einkommensabhängigen Betrag in Höhe vom 500€ bis 1.000€ jährlich, der bis zu zehn Jahre angespart und für berufliche Weiterbildungszwecke genutzt werden kann. Aus- und Fortbildungen sollten gleichzeitig auch flexibler gestaltet und im Rahmen von Teilzeitqualifizierungen angeboten werden, die auf modularer Basis zu einem Berufsabschluss führen. Durch diese Maßnahmen ermöglichen wir ein lebenslanges Lernen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir benötigen ein System, welches

die finanziellen Möglichkeiten der Arbeitsförderung durch den Passiv-Aktiv-Tausch ausweitet und Menschen hochwertig beraten kann. Ein System, das Menschen unabhängig von Geschlecht oder Alter die Möglichkeiten gibt, sich fort- und weiterzubilden und alle ihre vielfältigen Fähigkeiten einzubringen. Am Ende wird das für alle Seiten einen Mehrwert bringen - Menschen werden erneut ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten und unsere Gesellschaft wird von den vielfältigen, oft noch nicht erkannten Fähigkeiten der neuen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren.

Viele Unternehmen beklagen derzeit Fachkräftemangel. Im 4. Quartal 2019 gab es in Deutschland insgesamt 1.414.000 offene Stellen. Diese Entwicklung trägt dazu bei, dass sich gerade auch die Situation von Älteren am Arbeitsmarkt verbessert. Entsprechend hat die Beschäftigung Älterer zu-, die Arbeitslosigkeit Älterer hingegen abgenommen. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren weiter verstärken, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Dennoch haben es ältere Arbeitslose nach wie vor deutlich schwerer einen neuen Job zu finden als jüngere.

Daher ist es wichtig, mehr Anstrengungen auf die Vermittlung älterer Arbeitsloser zu richten. Noch wichtiger ist es jedoch dafür zu sorgen, dass sie erst gar nicht arbeitslos werden. Es ist daher von großer Bedeutung, dass die Erfahrungen aus dem Bundesprogramm Perspektive 50plus nicht verloren gehen, sondern in die Ausrichtung der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Jobcenter vor Ort einfließen und so eine passgenaue und individuelle Unterstützung befördern.

Wir wollen aber kein neues Bundesprogramm für eine spezielle Zielgruppe auflegen. Stattdessen wollen wir dafür sorgen, dass jeder und jede im Jobcenter die Unterstützung bekommt, die nötig ist, um am Arbeitsmarkt und an unserer Gesell-



Martin Rosemann ist Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion.

schaft teilhaben zu können. Und zwar unabhängig davon, ob jemand alt oder jung ist.

Für die Unterstützung von Arbeitslosen stehen insbesondere die im zweiten und dritten Buch des Sozialgesetzbuchs (SGB II und III) aufgeführten Instrumente der Arbeitsförderung zur Verfügung. Diese Instrumente wollen wir sinnvoll erweitern, damit ein flexibler und passgenauer Instrumentenkatalog zur Verfügung

steht. Im letzten Jahr haben wir den neuen § 16i SGB II im Bundestag beschlossen. Damit haben wir einen sozialen Arbeitsmarkt eingeführt. Wir fördern so Arbeit statt Arbeitslosigkeit und geben vielen Menschen eine neue und langfristige Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben - begleitet durch ein individuelles Coaching. Dieses Coaching wollen wir auch unabhängig vom sozialen Arbeitsmarkt möglich machen. Zudem wollen wir aufsuchende Sozialarbeit in den Jobcentern etablieren. Wesentliche Rahmenbedingung für eine individuelle und passgenaue Unterstützung ist aber ausreichendes und gut qualifiziertes Personal. Deshalb setzen wir uns für einen besseren Personalschlüssel in den Jobcentern ein. Mehr Personal alleine reicht aber nicht.

Magazin

Eine zentrale Bedeutung kommt der Beratungs- und Betreuungsqualität in den Jobcentern zu. Dies betrifft die Weiterbildung des Personals ebenso wie die Qualität von Prozessen. Gerade aus dem Bundesprogramm 50plus wissen wir um die Bedeutung von Netzwerken bei der Unterstützung von arbeitslosen Menschen – seien es Alleinerziehende, Ältere oder Personen mit komplexen Problemlagen. Qualifizierung und Vermittlung ist wichtig. Aber auch das Umfeld muss stimmen. Leistungen wie Schuldner- und Suchtberatung, Kinderbetreuung, Unterstützung bei Mobilität und Gesundheit. All dies muss ganzheitlich einbezogen werden. Daher wollen wir – wie mit der Initiative Netzwerk ABC begonnen – die Jobcenter auch weiter dazu ermutigen, mit allen wichtigen örtlichen Akteuren in einem Netzwerk zu kooperieren. So wollen wir als SPD erreichen, dass jeder und jede die bestmögliche Unterstützung bekommt, die er oder sie benötigt.

Schlussendlich ist unser Ziel eine Unterstützung und Betreuung, die sich nicht an Rechtskreisen und finanziellen Zuständigkeiten orientiert, sondern immer am Einzelfall und dessen individuellem Hilfebedarf. Wir wollen weg von einem zerstückelten Sozialsystem hin zu einer integrierten und koordinierten Erbringung der unterschiedlichen sozialen Leistungen. Wir brauchen eine präventive Sozialpolitik, die die unterschiedlichen und vielfach auch komplexen Lebensverläufe im Blick hat, möglichst Arbeitslosigkeit verhindert bzw. falls Arbeitslosigkeit entsteht, alles dafür tut, um eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Teilhabe zu unterstützen. In unserem Sozialstaat müssen Leistungen wie aus einer Hand erbracht werden – von einem Sozialstaat der Partner der Menschen ist. Und genau dafür steht die SPD mit ihrem neuen Sozialstaatskonzept.

Als Bundesarbeitsminister Hubertus Heil anlässlich des Berichts zur Rente mit 67 von einer „beeindruckenden Entwicklung der Erwerbsbeteiligung rentennaher Jahrgänge“ sprach, erschien das auf den ersten Blick nachvollziehbar: In der Tat nimmt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 55 und 65 Jahren zu. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es vielen Menschen in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, mit der Anhebung der Regelaltersgrenze Schritt zu halten. Denn nach wie vor ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im rentennahen Alter zu niedrig. Die Zahl der Minijobberinnen und Minijobber über 63 Jahre und der Anteil atypisch Beschäftigter haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen, während die Zahl der in Vollzeit arbeitenden Älteren stagniert. Und Frauen kurz vor dem Rentenalter machen besonders in Ostdeutschland einen immer größeren Teil der Arbeitslosen aus.

Für die Akzeptanz der getroffenen Entscheidung, die Regelaltersgrenze anzuheben, ist es entschei-



Markus Kurth ist Sprecher für Rentenpolitik der Grünen im Bundestag und Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

end, Lösungen für die vielfältigen Formen des Arbeitslebens im Alter zu schaffen. Wir wollen deshalb die Teilrente attraktiver machen, unter anderem indem wir die Abschläge für besonders belastete Beschäftigte streichen. Die Erwerbsminderungsrente wollen wir stärken. Präventionsmaßnahmen müssen zum Standard werden und gemeinsam mit der Rehabilitation einen noch größeren Beitrag zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit leisten. Zudem braucht es dringend eine Analyse der spezifischen Belastungen einzelner Berufsgruppen

und darauf aufbauend maßgeschneiderte rentenrechtliche Lösungen.

Langfristig dürfte die Herausforderung, allen bis ins Alter eine vernünftige Beschäftigung zu ermöglichen, größer und nicht kleiner werden. Mit der Beschleunigung des demografischen Wandels, der Digitalisierung und vor allem der zwingend notwendigen ökologischen Transformation der Wirtschaft werden gleich drei Prozesse den Arbeitsmarkt strukturell verändern – und das gleichzeitig.

Wir Grüne wollen, dass Beschäftigte in Zukunft schon auf Veränderungen am Arbeitsplatz vorbereitet sind, bevor sie akut auftreten. Zum zentralen Schlüssel für kommenden Herausforderungen wird deshalb die berufliche Weiterbildung. Erste Schritte hat die Bundesregierung mit Qualifizierungschancengesetz bereits unternommen. Diese reichen aber nicht weit genug. Die Arbeitslosenversicherung ist deshalb zur Arbeitsversicherung weiterzuentwickeln. Sie muss lebensbegleitendes Lernen erleichtern, fördern und ein zentraler Baustein einer neuen Weiterbildungskultur werden. Mit gut aufgestellten Bildungsagenturen soll es eine zentrale Anlaufstelle für alle - sowohl Arbeitslose als auch Beschäftigte - geben, die Fragen zu Weiterbildung haben. Damit verbinden wir die Einführung eines Rechts auf Weiterbildung, das mit einem ausreichenden Einkommensersatz für die Zeit der Qualifizierung einhergeht. Mit einem Weiterbildungsgeld, das 200 Euro oberhalb des individuellen Anspruchs auf Arbeitslosengeld I oder Arbeitslosengeld II liegt, ermöglichen wir auch älteren Beschäftigten eine finanziell abgesicherte berufliche Qualifikationsphase. Den Vorrang von Vermittlung vor allen anderen Leistungen der Arbeitsförderung schaffen wir ab.

Eine nachhaltige Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik muss darüber hinaus Instrumente bereitstellen,

die besonders während der Phase des ökologischen Umbaus die Beschäftigungsverhältnisse in den vom Wandel betroffenen Unternehmen erhalten und die Beschäftigten vorausschauend qualifizieren. Dazu haben wir vor kurzem einen Antrag zur Einführung eines neuen Qualifizierungs-Kurzarbeitergeldes als Brücke für Unternehmen im Transformationsprozess in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Im Wandel braucht es nicht zuletzt innovative Ideen. Ein bereits erprobtes Projekt, „Tätigkeitswechsel zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit“, kurz „TErrA“, wurde von den Berufsförderungswerken entwickelt, die eng mit Rehabilitations-Trägern wie der Deutschen Rentenversicherung zusammenarbeiten. Mit regionalen Unternehmensnetzwerken organisieren die Berufsförderungswerke in Modellregionen den Jobwechsel inklusive Neuausbildung von einer Tätigkeit in eine andere und auch von einem Unternehmen in ein anderes. Dabei geht es nicht zuletzt um gesünderes, längeres Arbeiten und eine altersgerechte Arbeitswelt. Das ist nicht nur im Sinne der Beschäftigten, sondern bietet auch Unternehmen neue Möglichkeiten, qualifizierte Fachkräfte für sich zu gewinnen.

Buchtipps

Gauland. Die Rache des alten Mannes

Olaf Sundermeyer

Seine Karriere begann als Presseattaché in Edinburgh, anschließend war er für die CDU unter anderem im ersten Umweltministerium tätig und Leiter der Hessische Staatskanzlei.

40 Jahre CDU-Mitglied. Was Alexander Gauland dazu bewegt sich von der Partei abzuwenden und mit seinen Frankfurter Kreisen und seiner Tochter zu brechen? Was sucht dieser bekennende Konservative und Englandliebhaber am rechten Rand? Olaf Sundermeyer bringt in seiner Biografie Licht in das Vorleben des AfD-Frontmanns.



Filmtipp

Es gibt kein Böses

Deutschland, Iran, Tschechische Republik

Der Regisseur Mohammed Rasuloft bespricht in diesem Episodenfilm mit großer erzählerischer Kraft die Auswirkungen der Todesstrafe im Iran. Die vier nicht zusammenhängenden Kurzfilme laufen in ihrer Frage der nach Verantwortung Einzelner zusammen. Sie fragen nach, bis zu welchem Grad individuelle Freiheit unter einem despotischen Regime und scheinbar unentrinnbaren Bedrohungen möglich ist.



Ältere Menschen im Niemandsland von Hartz IV und der Grundsicherung für Ältere

Prof. Dr. Stefan Sell

Wenn man sich die Medienberichte der letzten Jahre zur Arbeitsmarktsituation älterer Menschen anschaut, dann kann man sich des Eindrucks nicht entziehen, dass für Arbeitnehmer jenseits des 55. Lebensjahres, die vor einigen Jahren fast flächendeckend aussortiert wurden, gleichsam „goldene Zeiten“ angebrochen sind. Jahr für Jahr werden neue Rekorde bei der Beschäftigung älterer Menschen gemeldet. Immer mehr arbeiten immer länger bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter und einige in steigender Zahl auch darüber hinaus¹. Selbst die Arbeitslosigkeit scheint für diese Personengruppe im Vergleich zu früher ein Auslaufmodell zu sein. „Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von 55- bis unter 65-Jährigen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen ... Die Arbeitslosenquote Älterer ist seit 2011 rückläufig“, so die Bundesagentur für Arbeit (2019). Aber natürlich muss man auch bei der BA

die andere Seite der Medaille zur Kenntnis nehmen: „Ältere sind stärker als der Durchschnitt von Arbeitslosigkeit betroffen. Unter anderem wegen des demografischen Wandels und des Wegfalls vorruhestandsähnlicher Regelungen ist die registrierte Arbeitslosigkeit Älterer bis 2015 gestiegen; seitdem geht sie zurück ... Gemessen an ihrem Anteil an allen Arbeitslosen sind Ältere bei der Beteiligung an Fördermaßnahmen ... deutlich unterrepräsentiert. Ältere Arbeitslose sind vergleichsweise häufig langzeitarbeitslos und schwerbehindert.“ (Bundesagentur für Arbeit 2019, S. 4).

Man achte auf die Wortwahl: Die „registrierte“ Arbeitslosigkeit geht zurück. Aber da war doch was? Genau. Arbeitslose Ältere, die aber nicht als Arbeitslose ausgewiesen werden.



¹ Man muss an dieser Stelle natürlich darauf hinweisen, dass die steigende Zahl an beschäftigten älteren Menschen schlichtweg eine demografisch bedingte Folge der Tatsache ist, dass es immer mehr ältere Arbeitnehmer gibt. Derzeit ist bereits mehr als jeder dritte Arbeitnehmer älter als 50 Jahre, in vielen Betrieben liegt das Durchschnittsalter der Belegschaften um die 55 Jahre – das sind die Babyboomer (also die Jahrgänge von Anfang der 1950er Jahre bis 1966). Aufgrund der „Rentenreformen“ Anfang der 2000er Jahre und den erheblichen Rentenabschlägen bei vorzeitigem Rentenbeginn in Verbindung mit der generellen Absenkung des Rentenniveaus werden die meisten von ihnen versuchen müssen, bis zum (weiter steigenden) gesetzlichen Renteneintrittsalter „durchzuhalten“.



So kommen Kaboth/Brussig 2020 in einer neuen Analyse zu folgenden Befunden: Die relative Beschäftigungslosigkeit steigt mit zunehmendem Alter an und hat sich bis ins höhere Erwerbsalter ausgeweitet. Aber auch die Anzahl älterer Arbeitsloser zwischen 60 und 65 Jahren hat zugenommen und sich innerhalb kurzer Zeit mehr als verdoppelt. Die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu bleiben, ist ab dem 50. Lebensjahr besonders hoch, sodass der Anteil Älterer unter den Langzeitarbeitslosen (mindestens 12 Monate arbeitslos) bis zum Jahr 2018 auf über 40 Prozent zugenommen hat. Und: Seit 2015 gelten allein durch die Sonderregelung für Ältere jährlich ca. 140.000 Leistungsbezieher im SGB II (60 bis 64 Jahre) nicht als arbeitslos. Ein großer Anteil älterer Arbeitsloser bleibt also verdeckt. Die Autoren sprechen hier die Sonderregelung nach § 53a Abs. 2 SGB II an, die ab Vollendung des 58. Lebensjahres greift. Mehr als 80 Prozent der verdeckten Arbeitslosigkeit findet man mittlerweile im SGB II, also im Hartz IV-System.

Interessant ist auch der Befund von Kaboth/Brussig, dass lediglich jedem dritten Arbeitslosen in der Altersgruppe 60 bis 64 ein Angebot zur Erwerbsaufnahme unterbreitet wurde. Der Wechsel in die verdeckte Arbeitslosigkeit resul-

tiere oft aus der „Resignation der Betroffenen, die ihre Beschäftigungschancen als gering ansahen und sich den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht mehr gewachsen fühlten. Zudem haben Ältere ihren Ausstieg aus dem Erwerbsleben auch mit der unzureichenden Hilfe der Arbeitsvermittler begründet.“

Von Hartz IV in die Grundsicherung für Ältere und die als Maßstab für „Altersarmut“

Viele Betroffene, die am Ende ihres Erwerbslebens teilweise Jahre im Hartz IV-System verbracht haben, werden aufgrund ihrer Erwerbsbiografie in Kombination mit den Konstruktionsprinzipien der deutschen Rentenformel und fehlenden weiteren Einkommensquellen wie Betriebsrenten auf die Grundsicherung für Ältere nach dem SGB XII angewiesen sein. Die Zahl der Bezieher dieser ebenfalls bedürftigkeitsabhängigen Sozialhilfeleistung steigt seit ihrer Einführung im Jahr 2003 beständig an. Waren es Ende 2003 rund 258.000 Empfänger, so stieg deren Zahl bis Mitte 2019 auf über 566.000 an. Deren durchschnittlicher Bruttobedarf wurde mit 808 Euro pro Monat beziffert – für alles, also Wohnen, Lebenshaltung, Teilhabe.

Perspektive 50plus

Als „anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung“ werden 370 Euro pro Monat ausgewiesen. Und von den Betroffenen selbst werden 353 Euro pro Monat angerechnet, die dann aus deren eigenen Renten stammen - ein Betrag, der zugleich verdeutlicht, dass die Menschen im Bezug in der Regel arm wie eine Kirchenmaus sind, was ihre eigenen Einkünfte angeht.

Und in der Politik wird die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter gerne herangezogen – in einem doppelt problematischen Sinn: Zum einen als Größenordnung für „die Altersarmut“ in unserem Land und zum anderen daraus abgeleitet mit Hinweis darauf, dass das doch nur etwas mehr als drei Prozent der über 65-jährigen Menschen sind, wird dann die Schlussfolgerung gezogen, dass Altersarmut eben kein sonderlich relevantes Problem sei.

Warum ist das „doppelt problematisch“? Zum einen, weil man sich hier (übrigens auch ganz oft in den Medien) einer Abgrenzung von Altersarmut bedient, die mit Blick auf die Problembeschreibung nur eine völlig unzureichende Untergrenze darstellt, denn seit Jahrzehnten verwendet man in der Armutsforschung und in der offiziellen Statistik eine andere Abgrenzung, die zu anderen, weitaus größeren Zahlen führt: Von Armut bedroht ist nach dieser gängigen Konvention derjenige oder diejenige, die über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verfügen. Zur Illustration: Wenn eine alleinstehende Person weniger als 1.000 Euro für alles (Wohnen, Lebenshaltungskosten, Teilhabe) zur Verfügung hat, dann gilt dieser Mensch als „von Armut bedroht“.

Nun wird der eine oder andere sofort vor Augen haben, dass der Abstand zwischen dem, was in der Grundsicherung für Ältere als Bedarf anerkannt wird (der wie im Hartz IV-System für die mehr oder weniger erwerbsfähigen Menschen bei im Schnitt 808 Euro liegt) und dieser Armutsschwelle nicht sehr groß ist. Aber die Auswirkungen

auf die Zahlen sind enorm: Wir erinnern uns – im vergangenen Jahr befanden sich 566.000 Menschen im Bezug von Grundsicherungsleistungen im Alter. Legt man hingegen die „richtige“ Armutsschwelle zugrunde, dann ergibt sich eine Zahl von 2,8 Millionen Menschen jenseits der 65, die weniger Geld zur Verfügung haben.

Wenn man die Altersarmut so bestimmt, dann wird das wirkliche Ausmaß in Umrissen erkennbar – und besonders beunruhigend ist die Entwicklung der vergangenen Jahre: Während die allgemeine Armutsquote in der Bevölkerung seit 2005 „nur“ um 5 Prozent gestiegen ist, hat sich die der Menschen im Rentenalter um über 50 Prozent erhöht. Und eine richtig große Zunahme an altersarmen Menschen (übrigens parallel zu einer gleichzeitig stattfindenden Zunahme materiell sehr gut ausgestatteter Senioren) werden wir ceteris paribus in den kommenden Jahren sehen, vor allem in Ostdeutschland, wenn dort die vielen Menschen in den Ruhestand gehen, die nach der Wende zerschossene Erwerbsbiografien hatten und wenn, dann im ostdeutschen Niedriglohnsektor gearbeitet haben.

Die haben zudem so gut wie keine anderen Einkommensquellen im Alter und werden voll auf die zu niedrigen gesetzlichen Renten angewiesen sein. Es wurde bei der Grundsicherung im Alter, die ja die altersarmen Menschen im engeren Sinne auffangen soll, auf einen weiteren problematischen Aspekt hingewiesen – und der besteht darin, dass viele Menschen, die heute schon Anspruch hätten auf Grundsicherungsleistungen, diesen aus unterschiedlichen Gründen nicht einlösen:

Unser Autor Stefan Sell

ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik an der Hochschule Koblenz sowie Direktor des Instituts für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM).



Die Welt der Nicht-Inanspruchnahme der eigentlich zustehenden Sozialhilfe

Seit 2003 ist die Grundsicherung für Ältere abweichend von der allgemeinen Sozialhilfe nach dem damaligen BSHG geregelt. Durch diese Reform sollte explizit die Nicht-Inanspruchnahme zustehender Hilfen bei alten Menschen vermindert werden. So wurde der Unterhaltsrückgriff auf Kinder weitgehend abgeschafft und eine Be-

Die bislang immer wieder zitierte Schätzung der Nicht-Inanspruchnahme, die immer wieder zitiert wird, geht auf Arbeiten der Verteilungsforscherin Irene Becker zurück. Ihre Berechnungen auf Basis von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) für das Jahr 2007 förderten den folgenden Befund zu Tage: Von gut einer Million Men-



ratungspflicht eingeführt. Sozialhilfeempfänger im Rentenalter brauchten nun in der Regel nicht mehr zu fürchten, dass das Amt sich das Geld bei ihren Kindern zurückholen könnte. Und die Rentenversicherung wurde verpflichtet, Kleinrentner auf ihren potenziellen Grundsicherungsanspruch aufmerksam zu machen. Es handelte sich also damals um eines dieser heute so selten gewordenen wirklichen Reformgesetze, wenn man unter Reform nicht Abbau von Sozialleistungen versteht, sondern einen Verbesserungsversuch für die betroffenen Menschen. Aber seit langem ist durch unterschiedliche Studien klar geworden, dass die Nicht-Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen ein weiter existierendes großes Problem darstellt.

schen ab 65 Jahren, denen damals Grundsicherung zustand, bezogen nur 340.000 tatsächlich Leistungen. Die „Quote der Nichtinanspruchnahme“, also die Dunkelziffer der Armut, betrug 68 Prozent. Becker hat damals darauf hingewiesen, dass so ausgewiesene Dunkelziffer eher eine Unterschätzung darstellen könnte, wenn man davon ausgeht, dass Menschen, die den Gang zum Sozialamt scheuen, auch überdurchschnittlich häufig vor der Teilnahme an Befragungen zurückschrecken (Becker 2012).

Nun könnte man einwenden, dass diese Zahlen veraltet sind und mittlerweile andere Verhältnisse vorliegen. In diesem Kontext ist dann eine neue Studie höchst relevant.

Perspektive 50plus

Buslei et al. (2019) haben folgendes zu Tage gefördert: Die Grundsicherung im Alter wird von rund 60 Prozent der Anspruchsberechtigten – hochgerechnet etwa 625.000 Privathaushalten – nicht in Anspruch genommen. Anders ausgedrückt: von 100 Berechtigten nehmen nur 38 die Grundsicherung in Anspruch. Personen mit geringem Anspruch, Immobilieneigentümer, ältere und verwitwete Personen verzichten häufiger als andere auf Grundsicherung. Bei voller Inanspruchnahme würde das verfügbare Einkommen der Haushalte, die Grundsicherung aktuell nicht beziehen, aber beziehen könnten, um rund 30 Prozent steigen.

„Vier Gründe vermuten wir hinter der Nichtinanspruchnahme der Grundsicherung: Unwissenheit, geringe Ansprüche, Stigmatisierung und Komplexität. Viele Menschen wissen nicht, dass sie anspruchsberechtigt sind. Andere trauen sich nicht zuzugeben, dass sie bedürftig sind, und wieder anderen ist das Verfahren zu bürokratisch und aufwendig“, so Peter Haan, einer der Studienautoren.

Neben der Tatsache, dass den Betroffenen damit Geld fehlt, das sie dringend gebrauchen können – es gibt auch einen „Profiteur“: Der Staat spart eine Menge Geld durch dieses Verhalten älterer Menschen: Für 2015 kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass es sich hierbei um etwa zwei Milliarden Euro im Jahr handelt. Also zwei Milliarden Euro, die ansonsten ausgezahlt werden müssten.

Auch im Hartz IV-System spart der Staat eine Menge Geld

Wenn über Hartz IV diskutiert wird, dann kommt in aller Regelmäßigkeit der Vorwurf, dass Leistungen ungerechtfertigt in Anspruch genommen werden – die medialen Bilder der „Sozialschmarotzer“ und „Faulpelze“ haben alle vor Augen. Kaum bzw. gar nicht wird hingegen über diesen Tatbestand berichtet: Studien gehen davon aus, dass zwischen 34 und 50 Prozent der Menschen, die eigentlich Hartz-IV-Leistungen beziehen könnten, auf ihren Anspruch verzichten (Sell 2018). Unter den Erwerbstätigen sind es Schätzungen zufolge sogar bis zu zwei Drittel der Anspruchsberechtigten – in den unterschiedlichen Studien wurde für diese Gruppe eine Verzichtsquote von 48,4 bis 63 Prozent berechnet (zu den hier zusammenfassend zitierten Studien vgl. Sell 2019a).

Was muss man sich darunter vorstellen? Bei der Übersetzung in absolute Zahlen wird deutlich, dass wir hier keineswegs über Peanuts reden: Offiziell gab es im Jahr 2017 laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 4,36 Millionen erwerbsfähige Hartz-IV-Empfänger. Ausgehend von einer Verzichtsquote von 33,8 Prozent hätten in diesem Jahr weitere rund 2,22 Millionen Erwerbsfähige einen Hartz-IV-Anspruch gehabt. Stellen diese Personen jedoch keinen Antrag auf Grundsicherungsleistungen, tauchen sie auch nicht in der Grundsicherungsstatistik der BA auf. Man kann sich vorstellen, wie viele Milliarden Euro der Staat durch die Nicht-Inanspruchnahme spart.



Foto: Julia Baumgart

Fazit und Ausblick

Hinter den großen Zahlen stehen Millionen Einzelschicksale, die aus ganz unterschiedlichen Gründen hilfebedürftig geworden sind. (vgl. für die heutigen Bezieher von Grundsicherung im Alter z.B. die Forschungsergebnisse von Klammer 2017). Dabei geht es im Alltag vieler dieser Menschen eben nicht nur um fehlende Geldbeträge, so bedeutsam das sicher auch ist. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass Armutslagen (gerade im Alter, wo die Menschen besonders vulnerabel und auf externe Hilfe angewiesen sind) zu multiplen Problemlagen führen. In jüngster Zeit wird beispielsweise auch das Thema soziale Isolation und Einsamkeit zunehmend thematisiert (vgl. dazu Sell 2019b). Ein wichtiger Aspekt dabei ist die sogenannte „Mobilitätsarmut“, die handfeste Auswirkungen haben kann: Ein eben nicht plakatives Beispiel mag das, was hier angesprochen wird, illustrieren: Eine altersarme Frau, die in einer westdeutschen Großstadt lebt, berichtet, dass sie die Tafel, auf deren Lebensmittelausgabe sie so angewiesen ist, bei ihr vor Ort nicht mehr regelmäßig erreichen könne, da sie die hohen Preise für den öffentlichen Personennahverkehr nicht bezahlen kann. Also selbst wenn sie wollte, kann sie nicht außer Haus gehen. „Mobilitätsarmut“, so nennen das die Armutsforscher und legen den Finger auf eine ganz große offene Wunde. Und die Tafeln, um das Beispiel abzurunden, werden (leider auch aufgrund ihrer Instrumentalisierung durch den fragmentierten Sozialstaat) immer bedeutsamer auch für die älteren Armen. Deren wachsende Zahl stößt dann aber auf andere ebenfalls wachsende Armutsguppen, beispielsweise unter den Zuwanderern, so dass sich angesichts der Konkurrenz am Ende der Mangelkette neue und harte Verteilungskonflikte ergeben.

Hat das alles eigentlich irgendeine Relevanz für Träger von Arbeitsmarktdienstleistungen, wie das technokratisch immer so heißt? Auf alle Fälle. Zum einen werden allein aufgrund der stark steigenden Zahl an älteren Arbeitnehmern bzw.



Foto: Julia Baumgart

erwerbsfähigen Menschen sowohl auf der Qualifizierungs- wie auch auf der generellen Teilhabeschiene ganz neue und umfangreiche Bedarfe entstehen, für die es Angebote und Expertise der Umsetzung braucht. Ein Weiter-so im Sinne einer weitgehenden Stilllegung der betroffenen Menschen jenseits der 55 wird es so nicht mehr geben (dürfen). Dafür braucht es dann auch spezifische Angebote für Ältere bis hin zur Konzeption von Teilhabe-Arbeitsplätzen. Auf der anderen Seite wird man unter Fortschreibung der bestehenden Bedingungen davon ausgehen müssen, dass es auf der kommunalen Ebene zahlreiche Bedarfe gibt, die im Kontext mit der weiter zunehmenden Altersarmut zu sehen sind und für die entsprechende vernetzte Angebote mit den Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern erarbeitet werden müssen.

Ältere Arbeitnehmer*innen – eine Chance für Unternehmen

Sehr geehrter Herr Dr. Rigotti, warum stellen Unternehmen ältere Arbeitnehmer*innen trotz Fachkräftewandel und demographischer Entwicklung ungern ein?

Dr. Rigotti: Nach wie vor herrscht ein negatives Altersstereotyp vor. Ältere gelten als schlechter integrierbar, weniger lernmotiviert, schwerer zu führen, als weniger leistungsfähig, weniger flexibel und krankheitsanfälliger. Zu den positiven Vorurteilen können die Zuschreibung von mehr sozialen Fähigkeiten oder höherer Zuverlässigkeit gezählt werden. Solche Vorurteile können auch zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung werden, wenn etwa Führungskräfte bei älteren Beschäftigten eine geringere Motivation zur Weiterbildung annehmen und diese deshalb seltener für entsprechende Programme vorschlagen.

Vorurteile können auch zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung werden.

Halten Sie das für gerechtfertigt?

Dr. Rigotti: Nein – Tatsächlich sind keine dieser Vorurteile haltbar. Betrachtet man die wissenschaftliche Evidenz zum Zusammenhang zwischen dem Alter und Leistungs-, Motivations- und Befindens-Indikatoren über viele Studien hinweg, zeigen sich keine systematischen Zusammenhänge. Im Gegenteil! Entgegen der allgemeinen

Prof. Dr. Thomas Rigotti ist Professor für Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sowie Arbeitsgruppenleiter im Leibniz-Institut für Resilienzforschung.

Annahme, dass ältere Beschäftigte eher zurückhaltend gegenüber Veränderungen sind, zeigte sich in einer großen Europäischen Studie sogar der gegenteilige Effekt.

Welche Potentiale übersehen Arbeitgeber*innen?

Dr. Rigotti: Zum einen die Berufs- und Lebenserfahrung älterer Bewerberinnen und Bewerber, zum anderen die Leistungsbereitschaft. Darüber hinaus sind altersgemischte Teams bei komplexen Aufgaben im Vorteil. Auch im Hinblick auf die soziodemographische Struktur innerhalb eines Unternehmens ist eine gute Altersdurchmischung von großem Vorteil. Viele Organisationen mit relativ homogener Altersstruktur haben heute das Problem, dass in kurzen Zeitspannen viele Beschäftigte gleichzeitig in Rente gehen. Diese Erfahrungslücken sind dann oft nicht einfach zu schließen.



Nach langer Arbeitslosigkeit ist es wichtig, die Reintegration in den Arbeitsprozess zu unterstützen und zu begleiten

Wie integriert man ältere Mitarbeiter*innen am Besten in den Betrieb?

Dr. Rigotti: Organisationen sollten sich auf die altersbedingten Stärken und Potenziale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konzentrieren, sie bei der Kompensation von Herausforderungen unterstützen und Altersdiskriminierung in allen Phasen des Beschäftigungsprozesses vermeiden. Dies beginnt mit diskriminationsfreier Personalauswahl und setzt sich bei der Personalentwicklung fort. Konflikte in Teams zwischen Altersgruppen kann u.a. durch die Sensibilisierung von Führungskräften vorgebeugt werden. Angebote für eine lebensphasenorientierte Flexibilisierung der Arbeit sowie eine gesundheits-

förderliche Arbeitsgestaltung und ein in die Unternehmenskultur eingebettetes betriebliches Gesundheitsmanagement kommen allen Altersgruppen zugute.

Gibt es hier Unterschiede zwischen Kurz- und Langzeitarbeitslosen?

Dr. Rigotti: Unabhängig vom Alter, stellt die Länge der Arbeitslosigkeit einen Risikofaktor für die (psychische) Gesundheit sowie die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt dar. Präventive Maßnahmen sollten also Priorität haben.

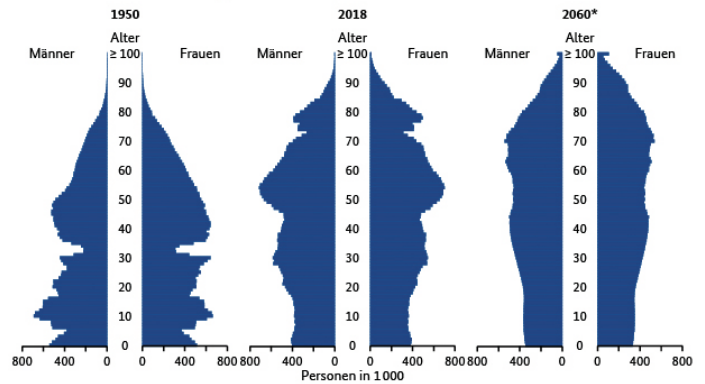
Nach langer Arbeitslosigkeit ist es wichtig die Reintegration in den Arbeitsprozess zu unterstützen und zu begleiten, ähnlich wie es im Rahmen der Betrieblichen Wiedereingliederung (BEM) als wichtige Säule des Betrieblichen Gesundheitsmanagements, umgesetzt wird.

bag arbeit trifft

Welche staatliche Unterstützungsstrukturen braucht es, um Älteren das Interesse an der Erwerbstätigkeit nicht zu nehmen?

Dr. Rigotti: Die Förderung lebenslangen Lernens und flexibler Arbeitszeitmodelle können staatlich und gesetzlich unterstützt werden. Flexible Arbeitszeitregelungen dürfen dabei nicht als pure Kostensenkung seitens der Arbeitgeber ausgenutzt werden, sondern sollten auf individuelle, lebensphasenorientierte Bedürfnisse zugeschnitten sein. Neben einer gesetzlichen Verpflichtung gegen Altersdiskriminierung, gilt es auf gesellschaftlicher Ebene auch gegen negative Altersstereotype anzukämpfen.

Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland, 1950–2060



* Ergebnis der aktualisierten 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 2)
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

© BiB 2019 / demografie-portal.de

Anzeige



Handbuch Fördermittel Das Standardwerk für das Fördermittel-Fundraising

Alles was Verantwortliche von gemeinnützigen Organisationen wissen müssen, um gezielt Zuwendungen von Stiftungen, Lotterien, Förderfonds und vom Staat einzuwerben.

3. überarbeitete
und erweiterte
Auflage

Versandkostenfrei direkt beim
Verlag bestellen:

Tel: 09874-322 516
E-Mail: shop@foerder-lotse.de

Oder im Buchhandel:
ISBN 978-3-9814394-6-5 (gedrucktes Buch)
ISBN 978-3-9814394-7-2 (E-Book)

 **Förderlotse**
Torsten Schmotz



www.foerdermittelhandbuch.de

Outlaw

...mit 45 Jahren... ist noch lange nicht Schluss

Natascha Meiberth-Brück und Andreas Hubele

Der Bildungsträger

Bei Gründung der Outlaw Kassel gGmbH im März 2012 stand im Mittelpunkt der Arbeit noch die soziale und berufliche Integration benachteiligter junger Menschen durch praxis- und produktionsorientierte Bildungsangebote. Heute engagieren wir uns daneben stark für Menschen mit Erziehungsverantwortung und die Integration von Geflüchteten. Neu hinzugekommen ist nun die Arbeit mit älteren (Langzeit-) Arbeitslosen. Wir versuchen immer wieder, gesellschaftliche Bedarfe frühzeitig zu erkennen und entsprechende Angebote zu entwickeln.

Aktivierung 45+

Bei diesem Projekt handelt es sich um eine vom Jobcenter Stadt Kassel entwickelte Maßnahme für langzeitarbeitslose Menschen in der Altersgruppe über 45 Jahren, denen häufig soziale Kontakte und vor allem die passende Unterstützung zur Veränderung ihrer Lebenslage fehlen. Als besonders erfolgreich hat sich bei dem Projekt erwiesen, dass ein enger Austausch zwischen unseren Mitarbeitenden und den jeweiligen Integrationsfachkräften des Jobcenters Stadt Kassel erfolgte.



Foto: Outlaw

Vor Ort

Nach einer vierwöchigen „Kennenlernphase“ mit aktivierenden und erlebnispädagogischen Inhalten werden die Teilnehmenden theoretisch durch Unterrichtsmodule und praktisch durch (betriebliche) Erprobungen und Projektarbeiten an den Arbeitsmarkt herangeführt. In intensiven Einzelcoachings erarbeiten wir gemeinsam mit den Teilnehmenden berufliche Perspektiven. Im folgenden Bewerbungscoaching erhalten die Teilnehmenden von uns Unterstützung bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen, bei der Stellensuche und Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche sowie bei der Vermittlung in eine betriebliche Erprobung oder ein Arbeitsverhältnis. Darüber hinaus bieten wir eine intensive Nachbetreuung nach einer Vermittlung in ein Beschäftigungsverhältnis.

Wesentliche Elemente der Maßnahme bilden darüber hinaus die regelmäßig stattfindenden Unternehmungen, bei denen kulturelle und

bewegungsfördernde Angebote wahrgenommen werden. Auch die „Ernährungstage“, an denen die Teilnehmenden die Grundlagen und Hintergründe einer gesunden Ernährung kennenlernen und gemeinsam mit unserem Koch in der Ausbildungsküche gesunde Mahlzeiten zubereiten und einnehmen, nehmen einen hohen Stellenwert ein.

Unsere Autorin Natascha Meiberth-Brück ist Leiterin unserer Aktivierungsprojekte 45+ und in der Projektentwicklung tätig.

n.meiberth-brueck@outlaw-kassel.de

Unser Autor Andreas Hubele ist in der Projektentwicklung tätig.

a.hubele@outlaw-kassel.de



Foto: Outlaw



Projekt Mikrounternehmen

Das Projekt Mikrounternehmen stellt das „Kernprojekt“ der Maßnahme dar. Hier simulieren die Teilnehmenden ausgehend von einer Geschäftsidee die Gründung und Führung eines Unternehmens. Während der Vorgründungsphase werden dabei alle relevanten Prozesse einer Unternehmensgründung, wie z. B. die Rechtsform- und Standortwahl, die Erstellung eines Businessplans usw. durchlaufen. Ist die Firma „gegründet“, werden Zuständigkeiten festgelegt und es erfolgt die Produktion des jeweiligen Produkts oder der Dienstleistung. Unterstützt und fachlich angeleitet werden die Teilnehmenden von erfahrenen Wirtschaftspädagogen sowie von unseren Anleitern in der Mediengestaltung, der Werkstätten und/oder der Küche. In den aktuellen Aktivierungsprojekten wurden eine Marmeladen- und Pralinenfertigung, ein Burgerrestaurant sowie eine Spielemanufaktur gegründet, die das Spiel „HARTZPOLY“ erfolgreich entwickelt und produziert haben, und das nach Abschluss des Projekts verschiedenen sozialen Einrichtungen der Stadt zur Verfügung gestellt wird.



Outlaw Kassel

Ziele:

Unser Ziel ist es, Inklusion und vollwertige gesellschaftliche Teilhabe für benachteiligte Menschen zu erreichen. Die Benachteiligung kann dabei sowohl aus den persönlichen Voraussetzungen, als auch aus der Zugehörigkeit zu einer benachteiligten gesellschaftlichen Gruppe resultieren. Nach unserer Auffassung wird eine vollwertige gesellschaftliche Integration und Teilhabe vor allem durch die Ausübung einer Erwerbstätigkeit gewährleistet.

Unsere Grundhaltung den Menschen gegenüber ist geprägt durch eine anerkennende Lebenswelt-orientierung und die Überzeugung, dass jeder Mensch seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend gefördert werden muss, um eine größtmögliche Partizipation zu ermöglichen.

Kompetenzen:

Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren: In diesen Projekten fördern wir benachteiligte junge Menschen mit dem Ziel der gesellschaftlichen Teilhabe durch Ausbildung und Erwerbstätigkeit. Seit 13 Jahren unterstützen wir in den LoLA-Projekten sehr schwer erreichbare Jugendliche, die zum Teil seit ihrer Kindheit schwer traumatisiert sind. Suchtprävention, Schuldnerberatung und Hinführung zu therapeutischen Angeboten spielen hier eine große Rolle.

Arbeit mit Erziehenden: In der Arbeit mit Erziehenden bieten wir Beratung und Coaching, insbesondere zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, an. Hierzu zählen Arbeitszeit- und Ausbildungsmodelle, Möglichkeiten der Kinderbetreuung und Sprachförderung. Seit über 10 Jahren beraten wir Ausbildungsbetriebe und Erziehende bzgl. Teilzeitausbildung.

Integration von Geflüchteten: Seit Jahren sind wir in allen Bereichen unserer Arbeit in der Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund engagiert. Seit 2015 hat die Arbeit mit Geflüchteten in der Produktionsschule, der Internationalen Produktionsschule aber auch in vielen weiteren Projekten einen hohen Stellenwert bekommen. Wir haben ein Netzwerk mit Industrie und Handwerk, beratenden Organisationen und vielen weiteren Akteuren aufgebaut, um Geflüchtete bei der Integration in unsere Gesellschaft bestmöglich zu unterstützen.

Vor Ort

Outlaw Kassel

Maßnahmen:

Kasseler Produktionsschule, Internationale Produktionsschule, außerbetriebliche Ausbildungen, Sprachcafé und berufliche Orientierung für geflüchtete Frauen mit Kindern, verschiedene Aktivierungsprojekte für Menschen aller Altersgruppen, Coachingprojekte für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und für Bedarfsgemeinschaften, unterschiedliche Projekte für Geflüchtete von der Orientierung in der „Welcome Area“ und im „Sprachcafé“ bis zur Vermittlung in „Kompetenz Center“ und weiteren Projekten, Betreuung von Arbeitsgelegenheiten, Projekte zur Gesundheitsförderung und Projekte zur beruflichen Orientierung. Einige unserer Projekte werden gefördert durch den ESF und die Länder Hessen und Niedersachsen.

Auszeichnungen:

Unsere Internationale Produktionsschule Hann. Münden wird durch die SKala-Initiative gefördert. SKala ist eine Initiative der Unternehmerin Susanne Klatten in Partnerschaft mit dem gemeinnützigen Analyse- und Beratungshaus PHINEO. SKala fördert etwa 100 gemeinnützige Organisationen mit insgesamt bis zu 100 Millionen Euro in den Bereichen Inklusion und Teilhabe, Engagement und Kompetenzförderung, Brücke zwischen den Generationen sowie Vergessene Krisen. Unterstützt werden ausschließlich Organisationen, die gegenüber PHINEO eine große soziale Wirkung nachgewiesen haben.

www.outlaw-kassel.de

Ausblick

Am Ende einer Maßnahme sind viele der Teilnehmenden vermittelt, aber einige auch nicht. Um die erworbene Tagesstruktur und soziale Teilhabe dieser Teilnehmenden zu erhalten, entwickeln wir zurzeit ein Folgeangebot in Form eines „Ehemaligen-Cafés“.



Wir finden den Weg. Gemeinsam.

Outlaw
KASSEL

Der Name

Der vielleicht etwas irritierende Name „Outlaw“ – der Gesetzlose hat seine Geschichte im Ursprung unserer Muttergesellschaft „Outlaw gemeinnützige Gesellschaft für Kinder- und Jugendhilfe mbH“: 1987 entstand OUTLAW als eingetragener Verein, um die Arbeit eines anderen Vereins weiterzuführen in dessen Auftrag bis dahin ein Schiff mit dem Namen „Outlaw“ die Weltmeere befuhr. Programm und Aufgabe dieses Schiffsprojektes war es, in der Vergangenheit schwer traumatisierten jungen Menschen Möglichkeiten zu eröffnen, nach langen Phasen in der „Rechtlosigkeit“ am gesellschaftlichen Leben wieder teilzunehmen. Die Aufgaben werden heute anders angegangen, der Name ist geblieben.

Demontage- und Recycling-Zentrum Wien

Katharina Lenz

Wer oder was gehört zum „alten Eisen“? Provokante Frage, klare Antwort: unsere Mitarbeiter*innen sicher nicht! Sind sie auch zum Großteil über 50, so können sie bei uns wertvolle vorhandene und neu erworbene Kenntnisse in der praktischen Arbeit sinnvoll einsetzen und somit ihre Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt erhöhen. Metallteile aus zerlegten Elektrogeräten zählen gewiss zum alten Eisen (und Aluminium, Kupfer, Kunststoff...), aber auch nicht alle – manche erleben eine Wiedergeburt als Upcycling Design-Produkt. Nicht zu vergessen den ReUse-, also Wiederverwendungsgedanken: fundierte elektrotechnische Vorkenntnisse können in der gleichnamigen Abteilung in der Praxis aufpoliert und dazu eingesetzt werden, gebrauchten bis Vintage-Elektroaltgeräten wieder neues Leben einzuhauchen. Kurz gesagt: Wir bieten im Demontage- und Recycling-Zentrum Menschen, Geräten und Materialien neue Chancen!

Urban Mining

Rein betriebswirtschaftlich rechnet sich das nicht, aufgrund der hohen Arbeitskosten im europäischen Kontext. Es lohnt sich jedoch die jahrzehntelangen Erfahrungen von Menschen nicht auf den Müll zu kippen, ebensowenig wie die Wertstoffe, die in Elektroschrott enthalten sind. Seit 2003 organisatorisch an „Die Wiener Volkshochschulen GmbH“ angegliedert, spannt das DRZ einen Bogen zwischen sozialem Auftrag des Arbeitsmarktservice (AMS) Wien, Langzeitarbeitsuchende in den Arbeitsmarkt zu integrieren, und umweltrelevanter Kooperation mit der Wiener städtischen Abfallbehandlungsabteilung MA48 zur Verarbeitung von insgesamt 1.500 Tonnen gesammelten Elektroaltgeräten pro Jahr.



 **DRZ**
**DEMONTAGE- UND
RECYCLING-ZENTRUM**

Der Blick über den Tellerrand



Social Mining: Mehrfachnutzen von Wertstoffen und (menschlichen) Ressourcen

Ein HiFi-Gerät aus den 1960er Jahren mag vielleicht nicht über heute selbstverständliche digitale Features verfügen; dafür hat es bereits seit Jahrzehnten zuverlässig gedient – und funktioniert bis heute, weil seine Komponenten reparierbar sind. Ältere Arbeitnehmer*innen mögen weniger gewandt mit Social Media umgehen als Jüngere – aber sie verfügen über vielfältige(re) Arbeits- und Lebenserfahrungen, breit aufgestelltes Fachwissen und zeigen unter Umständen mehr Loyalität, Verlässlichkeit, Durchhaltevermögen. Rückgewinnung von Sekundärrohstoffen durch Recycling ist das Eine - Know-how und „alte“ Arbeitstugenden weiterzugeben das Andere. Statt soziale Handikaps zu betonen, setzen Sozialarbeiter*innen im DRZ auf Empowerment und die Ermutigung Selbstverantwortung zu übernehmen. Gemeinsam wird nach einem Arbeitsplatz gesucht, der zu den ganz individuellen formalen und informellen Kompetenzen passt.



Der Blick über den Tellerrand

Aufwerten!

Upcycling ist in, keine Frage. Speziell an trash_design ist, dass hier feinmotorisch geschickte langzeitarbeitslose Menschen Serienprodukte in bewährter, gleichbleibender Qualität herstellen – ausschließlich aus Teilen von Elektroschrott.

Inklusion von Randgruppen durch Beschäftigung ist ein gemeinsamer Nenner vieler sozialökonomischer Betriebe. Das Alleinstellungsmerkmal des DRZ ist die engste Verknüpfung der ökologischen und der sozialen Zielsetzung. Der positive Nutzen für die Gesamtgesellschaft äußert sich nicht nur in den reinen Vermittlungszahlen (2019 ca. 20%) oder den Tonnen an eingespartem CO2 durch die Verlängerung der Lebensdauer von Geräten und Materialien. Der Mehrfachnutzen steckt, viel weiter gefasst, in der Schaffung von Bewusstsein für ökologische und soziale Werte bei jährlich 200 Teilnehmer*innen, letztlich Multiplikator*innen für praktisches nachhaltiges Handeln im Alltag.



Unsere Autorin Katharina Lenz

ist Schlüsselkraft im DZR mit dem Schwerpunkt Entwicklung von Bewusstseinsbildungs- und Trainingsmaterialien rund um das Thema Elektroschrott.

katharina.lenz@vhs.at

Zertifizierungen:

- EMAS (Eco Management and Audit Scheme), alle vier Jahre zu erneuerndes umweltbezogenes EU Zertifikat
- EfB des Verein zur Verleihung des Zertifikates eines Entsorgungsfachbetriebes
- LQW (Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung)

www.drz-wien.at / www.trashdesign.at
www.facebook.com/trashdesign.at
www.instagram.com/trashdesign.at

Demontage- und Recycling-Zentrum Wien

Ziele:

Wir unterstützen Personen, die schon länger auf Arbeitssuche sind, auf ihrem Weg in den regulären Arbeitsmarkt.

Kompetenzen:

Wir geben Menschen und Materialien neue Chancen! Etwa 200 arbeitssuchende Menschen erhalten jährlich im Rahmen befristeter Beschäftigungsverhältnisse die Gelegenheit, wieder in ein geregeltes Arbeitsleben zurückzufinden, etwas mehr als die Hälfte ist über 50 Jahre alt. Ca. 1.500 Tonnen Elektroaltgeräte werden bei uns jährlich manuell behandelt, das sind 6 Tonnen pro Arbeitstag.

Maßnahmen:

- Jeweils für maximal sechs Monate bieten wir > 33 Transitarbeitsplätze mit befristeten Vollzeit-Dienstverhältnissen (Ziel: Vermittlung)
> 65 Trainingsplätze mit zehn bis 15 Wochenstunden (Ziel: Stabilisierung)
- Integration durch aktive Mitarbeit ab Tag eins, in den Abteilungen:
 - > Demontage – manuelle Zerlegung von Elektroaltgeräten in möglichst sortenreine Recycling-Fraktionen
 - > trash_design – Herstellung und Verkauf von Upcycling-Designprodukten aus attraktiven Elektroschrott-Teilen
 - > ReUse – Instandsetzung und Verkauf von hochwertigen Elektrogeräten, die auf den Wiener Sammelplätzen abgegeben wurden, aber viel zu schade fürs Recycling sind
 - > Verwaltung & Reinigung
- Gemeinsam mit erfahrenen Arbeitsanleiter*innen werden die Stärken unserer Teilnehmer*innen ausgebaut, bereits erlernte Fähigkeiten wieder geweckt und ungenutzte Potenziale entdeckt.
- Social Skills wie das Einfügen in ein Team, Umgang mit Kolleg*innen und Vorgesetzten, mit Frustration und Aggression können bei uns gelernt und geübt werden, eventuelle soziale Isolation wird abgebaut.
- Sozialarbeiter*innen unterstützen bei der Aufarbeitung allfälliger Vermittlungshemmnisse und bei der aktiven Arbeitssuche.
- In Schulungsmodulen vermitteln wir notwendige und nützliche Informationen zu sozialen Anliegen sowie ökologischem Handeln.

Veranstungstipps

Alle Seminare auf einen Blick

Sie können sich bei uns online unter www.bagarbeit.de/veranstaltungen anmelden.
Für Rückfragen erreichen sie uns per Email: veranstaltungen@bagarbeit.de.

21. April 2020 Köln	Teilhabechancengesetz - Chancen und Risiken für Beschäftigungsträger
22. April 2020 Köln	Arbeitsuchende Alleinerziehende fördern
23. April 2020 Köln	Assistierte-, Teilzeit- und Verbundausbildung - Alternative Ausbildungsmodelle zur passgenauen Vermittlung
28. April 2020 Würzburg	Fördermittel für gemeinnützige Projekte
07./08. Mai 2020 Berlin	Ressourcenorientierte Beratungskompetenzen – Gemeinsam Lösungen entwickeln
11. Mai 2020 Köln	Sozialrecht und Integration von Geflüchteten
19. Mai Frankfurt am Main	„Hilfe, der Teilnehmende hat Schulden!“ - Wie Anleitende und Coaches unterstützen können
25. Mai 2020 Köln	Fest im „QM-Sattel“?
02. Juni 2020 Hannover	Der Prüfdienst „AMD L“ hat sich angemeldet
09. Juni 2020 Frankfurt am Main	Exklusive Strukturen in inklusive verwandeln - Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt
04./05. Juni 2020 Frankfurt am Main	Betriebswirtschaftliche Kompetenz in sozialen Betrieben

Veranstaltungstipps

15. Juni 2020
Frankfurt am Main

Grundlagen des Arbeitsrechts - eine systematische Einführung

17. Juni 2020
Berlin

Bedarfe für Bildung und Teilhabe (BuT)

17. Juni 2020
Köln

Vergaben von AMDL nach neuem Recht – über und unter den Schwellenwerten

22./23. Juni 2020
Berlin

AZAV-Maßnahmen - Zulassung von Gutscheinmaßnahmen

26. Juni 2020
Berlin

Fachtag: ReUse For Future - Wiederverwendung für eine lebenswerte Welt

29./30. Juni 2020
Würzburg

Chancen für eine beschleunigte Integration - Kompetenzen erkennen im Deutschunterricht

01./02. Juli 2020
Würzburg

Kompetenzen erkennen bei arbeitsmarktfernen Personen

11./12. August 2020
Dortmund

Gemeinsam konstruktiv arbeiten – Gelungene Moderation in Gruppen der Arbeitsförderung

17./18. August 2020
Hannover

Jetzt rede ich - beim freien Reden und im persönlichen Auftreten überzeugen (Seminar für Frauen)

10. September 2020
Hannover

Datenschutz für Sozialunternehmen

weitere Informationen zu allen Veranstaltungen finden Sie auf:
www.bagarbeit.de/veranstaltungen

Nachgefragt

Nachgefragt bei Barbara Heikaus,
Expertin für Qualitätsmanagement
in unserem Tagungszentrum.

Was machen Sie eigentlich sonst so?

Name:
Barbara Heikaus

Sternzeichen:
Schütze



Warum gerade Qualitätsmanagement?

Für mich ist es das sinnvollste Instrument der Organisationsführung.

- Um die Markchancen zu erhöhen!
- Um Gewinne zu steigern!
- Strategische Erfolgsfaktoren auszubauen!
- Prozessleitung steigern!
- Positive Außenwirkung!

Sind Sie Frühaufsteherin?

Ja, ich genieße die Ruhe am Morgen. Ich liebe es, wenn die Natur erwacht.

Wenn Sie mal kochen, dann...?

Ich koche sehr gern und regelmäßig, besonders gern für die Familie und Freunde.

Welche Vorurteile Ihres Berufs bestätigen Sie?

Das Qualitätsmanager(innen) auch im Privaten immer einen Blick auf Prozesse und Kundenorientierung haben.

Was geht gar nicht?

Gewalt, Unterdrückung und vieles mehr.

Ihre letzte Reise ging nach...

... Brandenburg an einen wunderschönen naturbelassenen See.

Als Kind dachte ich,...

...dass Erwachsene alles wissen. Heute weiß ich, dass das nicht so ist.

Worauf könnten Sie niemals verzichten?

Auf Zeit mit meinen Kindern und meinen Freunden.

Wo würden sie sonst mal gerne leben/arbeiten?

Ich genieße das Leben am Rhein, könnte mir aber auch ein Leben an der Ostsee vorstellen.

Elbphilharmonie vs. Flughafen Berlin Brandenburg. Wo wird man Sie eher antreffen?

In Berlin, ich mag die Stadt, sie hat so viel zu bieten, außerdem lebt mein Sohn dort. Und hoffentlich bald in der Elbphilharmonie bei einem schönen Konzert.



Abonnement – forum arbeit

Antwort – Fax

030 / 28 30 58 20

forum arbeit erscheint viermal im Jahr. Sie finden in der Verbandszeitschrift aktuelle Artikel, Interviews und Berichte sowie einen umfangreichen Serviceteil mit Terminen, Adressen und Literaturtipps rund um das Thema Beschäftigungsförderung.

Der Preis des Jahresabonnements beträgt zurzeit Euro 20,00 (zzgl. Versand und ggf. 7% MwSt.).

- Ich/ wir möchte/ n forum arbeit abonnieren und bitte/ n um Zusendung mit Rechnung an folgende Anschrift:

Name und Anschrift des Unternehmens:

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte faxen (030- 283 058 20) Sie uns das ausgefüllte Formular zurück, senden uns das Formular per Email (info@bagarbeit.de) oder per Post an die bag arbeit, Brunnenstr.181, D-10119 Berlin.

Herausgeber:
bag arbeit e.V.
Brunnenstraße 181
D-10119 Berlin
Telefon: 030 / 28 30 58-0
Telefax: 030 / 28 30 58-20
E-Mail: arbeit@bagarbeit.de
www.bagarbeit.de

© **bag arbeit e.V. (Hrsg.)**, 2020
Verantwortlich: Dr. Judith Aust
Redaktion: Alina Simon
Gestaltung und Satz:
Julia Baumgart Photography & Graphic Design

Bildnachweis (Titel):
Outlaw, Julia Baumgart Photography